

Haushaltsicherungsprogramm Politische Gemeinde

2017 – 2022

Vernehmlassung zuhanden der Bevölkerung

ANTWORT DES GRÜNEN FORUMS ROMANSHORN

Vernehmlassung aufgelegt am: 16.05.2017

Ablauf der Eingabefrist: 30.06.2017

Allgemeine Fragen zur Vernehmlassung

- I. Teilen Sie die Auffassung des Stadtrates, dass mit Haushaltsichernden Massnahmen rasch der drohenden Verschuldung entgegen getreten werden muss?

Ja Nein

Wenn Nein, was ist Ihre Einschätzung der Situation bzw. Handlungsvorschlag?

- II. Teilen Sie die Auffassung des Stadtrates, dass eine Verschuldung über den jährlichen städtischen Konsum (betriebliche Tätigkeit) zu vermeiden ist?

Ja Nein

Allfällige Bemerkungen:

- III. In den letzten 10 Jahren galt die Finanzstrategie für Investitionen in Infrastruktur eine tragbare Verschuldung in Kauf zu nehmen. Wären Sie bereit eine begrenzte Verschuldung durch Investitionen zu tragen, deren Nutzen auch für die künftigen Generationen ersichtlich ist?

Ja Nein

Falls Nein, Begründung / Bemerkungen zur Finanzierung von Investitionen:

- IV. Teilen Sie die Auffassung des Stadtrates, dass die Entwicklung von Romanshorn zur „attraktiven Hafenstadt“ klar weiterverfolgt werden soll jedoch das Tempo etwas gedrosselt werden soll?

Ja Nein

Allfällige Bemerkungen:

Wie beurteilen Sie das Paket der Haushaltsichernden Massnahmen?

Beurteilungsskala: 1 = JA bis 5 = NEIN

<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
---------------------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------

a. Das Paket erscheint ausgewogen

<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input checked="" type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
----------------------------	----------------------------	----------------------------	---------------------------------------	----------------------------

b. Die Einsparungen sind zu hoch, es sind mehr Einnahmen über Gebühren und Steuern erforderlich

<input checked="" type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
---------------------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------

c. Die Steuern können nicht so stark erhöht werden, es braucht zusätzliche Ausgabenverzichte und stärkere Gebührenerhöhungen

<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input checked="" type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5
----------------------------	----------------------------	----------------------------	---------------------------------------	----------------------------

Kommentar: Wir haben vor der Steuerreduktion vor einigen Jahren gewarnt. Jetzt müssen wir als Steuerzahlende eine Suppe auslöffeln, die wir uns nicht selber eingebrockt haben.

d. Die Investitionen sind auf Erhaltungsinvestitionen zu beschränken, um die erforderliche Steuererhöhung zu limitieren

<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input checked="" type="checkbox"/> 5
----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	---------------------------------------

Rückmeldungsformular für Detailmassnahmen im Anhang 2 sowie weitere Anregungen

Grundsätzliche Überlegungen:

1. Löhne sind als Fixkosten attraktiv zum Streichen. Es stellen sich uns folgende Fragen:
 - a. Kommen die dann einzukaufenden Leistungen nicht teurer zu stehen als eine Fixstelle.
 - b. Ist es sinnvoll, die Stabsstelle Realisierung Projekte abzuschaffen oder müsste es nicht sinnvollerweise die Planungsstelle sein, wenn jetzt denn gelegentlich Projekte umgesetzt werden sollten.
 - c. Wie hoch ist der Lohn des Stadtammanns? Ist er im Vergleich mit ähnlich grossen Gemeinden im üblichen Rahmen?
2. Wir sind aus grundsätzlichen Überlegungen dagegen, die Kosten für Aufgaben auf verschiedene Körperschaften aufzuteilen.
 - a. Faktisch hat man dann als SteuerzahlerIn nur eine Umlagerung und keine Spareffekte.
 - b. Die Gesamtkosten sind nicht transparent.
 - c. Durch die Absprachen zwischen den Körperschaften werden Entscheidungswege lang und die Entscheidungsfindung schwerfällig. Die Absprachen kosten auch Zeit=Geld.
 - d. Allenfalls ist zu überlegen, ob die Verantwortung für einzelne Bereiche an eine andere Körperschaft übergeben werden kann/soll.
 - e. Wir sähen z.B. folgende inhaltliche Bezugspunkte:
 - i. Seeblick, Kommunikation: politische Gemeinde
 - ii. Jugendtreff, Juniorenförderung, Fussballplatz Unterhalt: Sekundarschule
 - iii. Chinderhuus: Primarschule
3. Private und öffentliche Mobilitätskosten halten wir für grundsätzlich zu günstig: deswegen wäre zu prüfen, ob eine Parkplatzbewirtschaftung auch für die Angestellten der Stadt umgesetzt werden können. In diesem Sinn wäre zu prüfen, wie die Angestellten auch angeregt werden könnten, mit öV und Velo zur Arbeit zu kommen. Dort wären wiederum Beiträge an Halbtax-, Strecken- oder Generalabonnemente und Rekachecks, wie das der Kanton macht, gelungene Anreize.
4. Grundsätzlich macht es wenig Sinn, Aufwände einfach in eine andere Kasse umzulagern (z.B. Zeilennummern 32, 30) oder allenfalls mittelfristig Folgekosten zu generieren (z.B. Sparvorschläge im Bereich der Jugendarbeit, der Arbeitsintegration)
5. Wie sieht es mit der Opfersymmetrie aus? Es fällt auf, dass Volkswirtschaft mit Fr. 2'000.- und Verkehr mit einer sowieso wegfallenden Ausgabe untervertreten sind. Gibt es auch beim motorisierten Individualverkehr und beim Strassenunterhalt noch Einsparungsmöglichkeiten?
6. Kostendeckende Gebühren sind zu begrüssen, dort wo so nicht Gemeinschaftsaufgaben via Gebühren anstatt Steuern auf alle abgewälzt werden.

Nr.	Thema/ Stichwort	Ja/ Nein	Begründung
1	Stabsstelle Realisierung Projekte	ja	Wenn die Stadt diese Stelle zum Streichen zur Verfügung stellt, setzen wir dem nichts entgegen; siehe grundsätzliche Überlegungen 1a-c
2	Pensenreduktion Kommunikations- stelle	nein	Kommunikation ist dringend nötig. Wir halten fest, dass heute (endlich) gut kommuniziert wird. Wenn der heutige Level mit weniger Stellenprozenten machbar ist ok. Schlechtere Kommunikation wäre ein Eigengol für die Stadt.
4	Jugendtreff	nein	Reduktion aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Eher Aufstockung hin zu aufsuchender Jugendarbeit zu prüfen. Allenfalls macht hier eine Auslagerung an die Sek Sinn; siehe grundsätzliche Überlegungen 2e.
8	Seeblick	nein	Faktisch kaum Einsparungen, weil die Leistungen eingekauft werden müssten. Gravierende Nachteile, weil so nicht mehr alle Haushalte informiert wären. Vorteile der gemeinschaftsstiftenden und umfassenden Publikation gehen verloren. Siehe grundsätzliche Überlegungen 2 a-e Wir sähen verschiedene Möglichkeiten, die aus unserer Sicht Sinn machen: <ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung von Salmsach an den Kosten • vierzehntägliche Erscheinungsform • ev. Beteiligung z.B. der Schulen in Form einer Pauschale. Die Parteien und Vereine sollten aber an den Kosten nicht beteiligt werden.
9	Mehrzweck- gebäude MZG	(ja)	„Kässelilogik“: kein wirklicher Spareffekt, sondern nur Umlagerung.
14	Dachflächen- vermietung	ja	Gute Idee, weshalb wird das nicht schon umgesetzt?
15	Junioren- förderung	nein	Juniorenarbeit halten wir für sinnvoll. Wenn Jugendliche in ihrer Freizeit betreut und gefördert werden, hat das auch in andern Bereichen geringere Kosten zur Folge. Es findet wertvolle Jugendarbeit statt in den Vereinen.

16 und 17	Reduktion Spenden und Betriebsbeiträge	fraglich	<p>Lokale, kulturelle, nicht-kommerzielle Veranstalter wie Kino, Bistro-Komitee, Bibliothek, Musikverein etc. sind weiterhin zu unterstützen. Können diese Organisationen diese Einsparungen verkraften, ohne dass massgebliche Farbigekeit für die Stadt verloren geht?</p> <p>Beim Formulieren eines Totals ist nicht transparent, wo wieviel gespart werden soll. Einzelne Organisationen/Institutionen könnten keine Reduktion verkraften. Bei der Kürzung ist die Vermögens- und Einkommenssituation der betroffenen Institution zu berücksichtigen.</p> <p>Bei Kinderbetreuung zu kürzen ist kurzsichtig. Gute Betreuungsangebote ziehen auch gute SteuerzahlerInnen an. Jeder in Kinderbetreuung investierte Franken kommt mehrfach als Steuereinnahmen zurück.</p> <p>Die gewünschte Umlagerung zu den Schulen sollte direkt mit diesen abgeprochen werden.</p>
18	Unterhalt Parkanlagen	ja	Wenn Sparen gleichzeitig ökologisch wertvoll ist, ist das unbedingt zu unterstützen.
19	Seebad	fraglich	Das Seebad ist ein Standortsqualitätsfaktor. Es würde sowohl durch tiefere Wassertemperaturen als auch durch eingeschränkte Öffnungszeiten weniger attraktiv. Keine Abstriche dürfen bei der Sicherheit gemacht werden.
21	Kulturelles	ja	Kommerzielle Veranstaltungen (z. B. Sommernachtsfest) sollten grundsätzlich selbsttragend sein; möglich ist allenfalls die Unterstützung mit einer Defizitgarantie. Lokale, kulturelle, nicht-kommerzielle Veranstalter wie Kino, Bistro-Komitee, Bibliothek, Musikverein etc. sind weiterhin zu unterstützen.
22	Weihnachtsmarkt	ja	
26	Neuzuzügerabend	nein	Siehe Nr. 24; Den Kosten ist der Gewinn für die Gemeinde gegenüberzustellen: Solche Anlässe bieten die Möglichkeit, aktive Menschen für verschiedene (ehrenamtliche) Ämter zu finden.
30	Reduktion Beschäftigungsprogramme	(nein)	Die „verschiedenen Massnahmen“ zur Kostenreduktion sind für uns zu wenig erläutert. Das Ziel der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt darf nicht gefährdet werden. Sonst führt die Sparmassnahme zu einer Umlagerung von Kosten oder im schlechteren Fall zu deutlich höheren Folgekosten.
33	AOT Halbstundentakt		Es handelt sich nicht um eine eigentliche Einsparung, da die Kosten geplant wegfallen. Es fallen keine Leistungen weg, wie der Titel suggeriert („Verzicht“). Die Beibehaltung des Halbstundentakts halten wir für sehr wichtig.
34	Förderbeiträge Alternativenergie	nein	Eine Abschaffung dieser Förderbeiträge würde schlecht zur Energiestadt passen und das Erreichen des angestrebten „Goldstatus“ gefährden.

35	Solarstrom-fördern	nein	Eine Abschaffung dieser Förderbeiträge würde schlecht zur Energiestadt passen und das Erreichen des angestrebten „Goldstatus“ gefährden.
36	öffentliche Beleuchtung	ja	Wir gehen von einer Kosteneinsparung durch den Einsatz effizienterer Leuchtmittel aus. Es darf zu keinem Leistungsabbau und zu niedrigerem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung führen.
45	Nutzungsgebühr öffentlicher Grund	nein	Lokale, nicht kommerzielle Anbieter sollten bevorzugt behandelt werden können (Boulebar, Nationenfest etc.).

Einzureichen bis am Freitag 30.06.2017 an die Finanzverwaltung, Bahnhofstrasse 19, 8590 Romanshorn oder via Mail finanzverwaltung@romanshorn.ch.

Auch spätere Einsendungen werden selbstverständlich ebenfalls entgegen genommen